

«Es gibt mehr unversöhnliche Fronten

Pandemiebewältigung Die Gräben seien hierzulande seit Corona tiefer geworden und die Debattenkultur habe gelitten, sagt Walter Thurnherr. Für den Bundeskanzler steht fest: Nicht nur das muss die Schweiz in der nächsten Krise besser machen.

Raphaela Birrer
und **Philipp Loser**

Herr Thurnherr, was haben Sie während der Pandemie über die Schweiz gelernt?

Mit welcher Geschwindigkeit sich auch in der Schweiz ganz grundsätzliche Dinge ändern können. Dass auch bei uns nichts garantiert ist. Niemand hat am 1. Januar 2020 gedacht, dass wir bis zum Ende des Jahres 10'000 Tote mehr zu beklagen haben, Grundfreiheiten einschränken und die grösste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg hinter uns haben werden. Das sollte uns eine Lehre sein: Auch in der Schweiz kann sich vieles verändern. Wenn es dumm läuft – von einem Tag auf den anderen.

Das klingt jetzt sehr düster.

Wir haben auch andere Dinge gelernt. Bei Aids ging es vier Jahre, bis man wusste, welches Virus die Krankheit verursacht. Bei Corona war das eine Frage von Wochen und Monaten. Innerhalb eines Jahres hatten wir einen Impfstoff. Dass dieser nicht alleine in der Schweiz hergestellt werden kann, sondern nur, wenn man international zusammenarbeitet, sollten wir ebenfalls aus dieser Krise mitnehmen.

War das eine neue Erfahrung? Wie abhängig die Politik plötzlich von der Wissenschaft ist?

Dieses Verhältnis ist schon seit längerem zu wenig geklärt, zum Teil angespannt. Wie stark – das war mir persönlich nicht bewusst. Die beiden Welten sind sehr verschieden, und Kontakte zwischen Politikern und Naturwissenschaftlern sind rar. In der Pandemie gab es plötzlich Medienkonferenzen mit Wissenschaftlern, von denen die Politiker nicht einmal wussten, dass es sie gab. Mit Wissenschaftlern, die nicht alle dieselbe Bescheidenheit zeigten, wenn es um ihre Modellrechnungen ging.

Wie zeigte sich diese Verschiedenheit?

Die Methoden sind verschieden. Das politische System in der Schweiz funktioniert im Wesentlichen mehrheits-, nicht evidenzbasiert. Wir richten uns nach dem politischen Kompromiss aus, nach der Mehrheit. Die Wissenschaft lebt nach einem anderen Ansatz, denn dem Virus ist es grundsätzlich egal, ob jemand links oder rechts wählt.

Es war doch nicht das erste Mal, dass die Politik mit der Wissenschaft zu tun hatte.

Nein. Aber der institutionelle Austausch funktionierte bisher zu wenig. Die Wissenschaft ist, von der Politik aus gesehen, am äussersten Orbit der Verwaltung angesiedelt, bei den ausserparlamentarischen Kommissionen. Oft gab es nur zwei Motive der Politik, auf sie zurückzugreifen: wenn es darum ging, unangenehme Wahrheiten auszusprechen und damit eine Reform zu begründen. Oder um zu bestätigen, was man in der Politik ohnehin gut fand. Dass die Wissenschaft der Politik widersprechen könnte, war hingegen eher weniger vorgesehen.

Wie kann das Verhältnis für eine nächste Krise verbessert werden?

Der Austausch muss intensiver und institutionalisierter werden. In der Pandemie wurde die Taskforce erst am 30. März 2020 mandatiert, das war eindeutig zu spät. Seit 2000 hatten wir drei grosse Krisen: 9/11, die Finanzkrise und jetzt die Pandemie. Die Abstände werden kleiner, die Krisen komplexer. Umso wichtiger wird der Kontakt zwischen den Experten, die wissen, worum es geht, und den Politikern, die die Gesamtabwägung vornehmen müssen. Und zwar nicht nur während, sondern auch zwischen den Krisen. Wir werden auf diesen Aspekt in der Evaluation, die wir im Auftrag des Bundesrats durchführen, Gewicht legen.

«Die massive Verantwortung war für den Bundesrat recht ungemütlich.»

Die Zeit zwischen Krisen bewältigen wir jeweils ziemlich gut. Hat Corona gezeigt, dass unser System nur auf Schönwetterperioden ausgerichtet ist?

Ich sehe das anders: Im Grunde ist die politische Schweiz eine einzige permanent, aber relativ langsam laufende Konsultationsmaschine. Wir besprechen und konsultieren die ganze Zeit, niemand entscheidet endgültig, alles fließt hin und her, am Schluss hat man eine Abstimmung und damit einen Beschluss, der von einer Mehrheit akzeptiert ist. Das ist an sich ein sehr gutes System, wir mussten es uns über 170 Jahre aufbauen. Denn historisch gesehen, sind wir ein zerstrittener Haufen – zum Teil noch bis heute. Konsultieren stabilisiert.

Zerstritten sind andere Länder auch – trotzdem wirkte die Schweiz in der zweiten Welle besonders überfordert.

Die Schweiz ist ein fragiles Gebilde. Sie hat eine lange Geschichte von Konflikten hinter sich. Die Bundesverfassung haben wir erst nach einem Bürgerkrieg verfasst und in einzelnen Kantonen durchgewürgt. Der Kanton Schwyz hat bis heute keine Totalrevision angenommen! Unser Normalzustand ist Uneinigkeit. Darum müssen wir immer alles aushandeln. Der Preis, den wir dafür zahlen: Es dauert länger. Und da wir während der Pandemie die nötige Zeit oft nicht hatten, wuchs die Unzufriedenheit. Wir haben nicht unbedingt ein Schönwetter-, sondern ein Viel-Zeit-Modell.

Besonders in den Kantonen war diese Unzufriedenheit zu spüren – der Föderalismus kam an seine Grenzen.

Der grosse Vorzug des Föderalismus ist nicht seine Effizienz, sondern seine Identifikationskraft. Wer mitbestimmen kann, wie die Dinge vor seiner Haustür geregelt werden, partizipiert ganz anders am grossen Ganzen. Während der Pandemie haben wir so ziemlich alle Vor- und Nachteile des Föderalismus gesehen, die es gibt. Peter von Matt hat einmal gesagt, der Föderalismus sei wie ein Huhn, das man nicht umbringen könne, ohne auf seine Eier zu verzichten. Und gleichzeitig kann man es nicht leben lassen, ohne dass es stinkt. Das trifft es ziemlich.

Während der Krise hat das Huhn oft ziemlich gestunken.

Ja, und ab und zu ist auch laut gegackert worden, ohne dass dabei ein grosses Ei herauskam. Es gab Situationen, die wurden von vielen Leuten nicht mehr verstanden. Etwa wenn Beizen die Kundenschaft aus anderen Kantonen anlockten, als dort die Restaurants geschlossen waren. Oder bei der Organisation der Impfung. Wir werden in der Evaluation schauen, ob die Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen nicht verbessert werden kann.

Es war einfacher, als der Bundesrat alleine entscheiden konnte. Was sagt uns das für die grossen Reformen in der Schweiz: Diskutieren wir einfach zu viel?

Es täuscht eben. Die Machtverhältnisse wurden während der Krise nur formal vereinfacht. Faktisch war die Situation für den Bundesrat in der ausserordentlichen Lage sehr komplex. Er konnte und wollte ja nicht losgelöst von der öffentlichen Debatte entscheiden. Darüber hinaus erhielt er laufend Telefonate und Schreiben mit Forderungen von allen Seiten. Die massive Verantwortung war im Gegenteil recht ungemütlich. Auch deswegen wollte er möglichst rasch die ausserordentliche Lage beenden. Ich persönlich würde sehr davon abraten, auf Vernehmlassungen zu verzichten, nur weil es angeblich pressiert. Notrecht muss Notrecht bleiben.

Der Ruf nach Notrecht kommt jetzt auch in anderen Bereichen: Die Klimaaktivisten

Stabschef des Bundesrats

Einer der erfahrensten Beamten der Schweiz ist er garantiert – und ziemlich sicher auch der mächtigste. Seit fünfzehn Jahren ist Walter Thurnherr Bundeskanzler und damit Stabschef des Bundesrats. 2016 wurde er in seiner Partei, der Mitte, sogar als Nachfolger von Bundesrätin Doris Leuthard gehandelt; Thurnherr winkte jedoch ab. Als Bundeskanzler kann er in den Bundesrats-sitzungen zwar Anträge stellen, hat aber kein Stimmrecht.

Geboren im Aargauer Freiamt studierte Thurnherr an der ETH Zürich Theoretische Physik. Nach dem Studium entschied er sich jedoch für die Diplomatie und hatte Posten in Bern, Moskau und New York inne. Danach war er Generalsekretär im Aussen-, Wirtschafts- und Umwelt-, Energie- und Verkehrsdepartement. (red)

wollen auf diese Weise die Klimakrise bewältigen.

Wenn das politische System der Schweiz einen Vorteil hat, dann ist es die Stabilität, die daraus entsteht, dass wir uns alle immer wieder befragen und den Konsens hinterfragen. Auf diese Weise können alle besser mit dem Entscheid leben – selbst jene, die vor einer Abstimmung dagegen waren. Das würde ich auf keinen Fall aufs Spiel setzen – auch nicht in der Klimakrise.

Dann hat die Schweiz die Krise trotz der zeitweiligen Trägheit gut überstanden?

Wir werden im internationalen Vergleich nicht so schlecht dastehen. Ja, wir hatten eine beträchtliche Übersterblichkeit. Aber wir mussten keine Patienten in den Spitälern abweisen, wir hatten nie einen absoluten Lockdown, der Staat hat sehr schnell geholfen, die ausserordentliche Lage dauerte sehr kurz, und unser Bruttoinlandprodukt ging viel weniger stark zurück als im restlichen Europa. Die Hauptgefahr ist, dass wir nach überstandener Krise nichts mehr von der Krise wissen wollen und so tun, als sei alles super gelaufen. So gut waren wir nämlich nicht, wir hätten auch einige Dinge besser machen können.

Was hätten wir denn konkret besser machen können?

Wir hätten besser vorbereitet sein können, denken Sie nur an die Masken oder an die Datenaufbereitung zu Beginn der Krise. Wir hätten früher reagieren können. Wir hätten beim Testen oder beim Impfen besser sein können. Wir hätten bei der zweiten Welle früher einschreiten können. Und so weiter. Unsere Evaluation ist auf mehrere Jahre angelegt, da werden immer wieder Teilergebnisse kommen. Darüber hinaus gibt es zahlreiche überwiesene Vorstösse, und das Epidemien-gesetz soll überarbeitet werden. Die Schwierigkeit wird eher sein, das Interesse aufrechtzuerhalten, aus der Krise zu lernen.

Wir sollten also nicht zu rasch zur Tagesordnung übergehen?

Es gibt in der Schweiz eine Tendenz, zu glauben, die Zukunft sei die stetige Fortsetzung der Gegenwart. Weil es uns immer gut gegangen ist, wird es uns immer gut gehen. Das ist jedoch nicht zwingend so. Und wir sind auch nicht genetisch besser als alle anderen. Wir tun deshalb gut daran, uns auf allfällige nächste Krisen vorzubereiten, statt uns auf die Schultern zu klopfen.

Kaum je war der Bundesrat sichtbarer als in dieser Krise. Was hat Corona mit dem Gremium gemacht?

Es war ab und zu ziemlich Stress im Getriebe. Man hat viel weniger Zeit zur Entscheidungsfindung, der Kreis der Konsultierten ist viel kleiner, die Verantwortung grösser. Es war sehr intensiv, aber das Gremium hat meines Erachtens funktioniert. Der Vorteil an unserem Mitberichtsverfahren ist, dass es nicht reicht, einfach Nein zu sagen. Man muss immer auch einen Gegenvorschlag bringen. In der ersten



Er soll im Auftrag des Bundesrats prüfen, was in der Pandemiebewältigung